

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/04/2025

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 07.04.2025,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn der Sitzung 19:30 Uhr
Ende der Sitzung 22:43 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Levenhagen

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz

Herr Peter Egan

Herr Stefan Gertz

Frau Nadine Levenhagen

Herr Béla Randschau

Frau Sophie von Hülsen

i.V.f. Herrn Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Arthur Klaus Korte

Herr Stephan Lamprecht

Frau Jule Niehus

Frau Emma Bley

Herr Helmut Frank

Stadtverordneter

Stadtverordneter

Kinder- und Jugendbeirat

Kinder- und Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege

Herr Marcel Grindel

Frau Anja Gust

Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister

FBL I

I.02

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Wolfdietrich Siller

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/03/2025 vom 17.03.2025
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.2.1. Allgemeiner Bericht
 - 7.2.2. Hybridsitzungen
 - 7.2.3. Seniorenbeiratswahl 2025
 - 7.2.4. Bericht Einladungen der Städtepartnerschaften
 - 7.2.5. Bericht über die Aktivitäten 2025 der Städtepartnerschaften
 - 7.2.6. Schutzausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg
 - 7.2.7. Beschäftigung Schwerbehinderter
8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 28.04.2025
9. Strukturdatenbericht 2023 **2024/102**
10. Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften - Änderung der Richtlinie **2025/037**
11. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FPD, WAB und CDU zur Förderung der Städtepartnerschaften **AN/041/2025**
12. Anträge auf Bezuschussungen von öffentlichen Veranstaltungen - Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 14.01.2025 auf Bezuschussung der Vereinsmeile im Rahmen der **2025/025**

Ahrensburger Stadtfeste 2025 und 2026

- Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 15.01.2025 auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren und der Umsetzung verkehrsbehördlichen Anordnung für das Ahrensburger Oktoberfest in den Jahren 2025 bis einschließlich 2027

- Antrag der uba GmbH auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren für das Ahrensburger Weinfest 2025 bis 2027

13. Aussetzung Rathuserweiterungsbau und erneute Alternativenprüfung **2025/040**
14. Anfragen, Anregungen, Hinweise

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Detlef Levenhagen von der CDU-Fraktion, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion wird von seiner Stellvertreterin, Frau von Hülsen, vertreten.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Fleischer fragt den Bürgermeister, ob sich dieser Arbeitsverträge durchliest, die ihm zur Unterschrift vorgelegt werden.

In diesem Zusammenhang führt er aus, dass der frühere Leiter der Stadtbücherei dort auch regelmäßig samstags anzutreffen war. Die neue Leiterin habe er noch nie samstags dort gesehen und habe daher beim zuständigen Fachbereich nachgefragt. Herr Fleischer habe von der Fachbereichsleitung III erfahren, dass der Arbeitsdienst der Leiterin der Stadtbücherei vertraglich nur von Montag-Freitag stattfände.

Bürgermeister Boege sagt, dass er die Frage zu den Arbeitszeiten, der Leiterin der Stadtbücherei, spontan nicht beantworten könne.

Herr Fleischer fragt nach, ob der Bürgermeister von der Personalabteilung, welche ihm die Verträge zur Unterschrift vorlegt, auf diese Besonderheit bei den Arbeitszeiten hingewiesen wurde.

Herr Fleischer freut sich über die Berichterstattung über die neue Schutzkleidung der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg und würde sich derartige Artikel öfter wünschen. Er fragt, ob die Presse zu solchen Terminen eingeladen wird.

Bürgermeister Boege stimmt Herrn Fleischer zu und ist ebenfalls sehr erfreut über diese Berichterstattung. Er erklärt, dass die Zeitungen (mit Ausnahme der Markt-Zeitung) fast alle die lokale Berichterstattung eingestellt haben. Hier

kämen in der Regel nur noch Presseartikel bei außerordentlichen Ereignissen. Grundsätzlich werde die Presse von der Verwaltung zu derartigen Ereignissen eingeladen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Fleischer erläutert Bürgermeister Boege, dass für die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr diese eigenständig dafür verantwortlich sei, die Presse einzuladen. Diese läge nicht in der Zuständigkeit der Verwaltung.

Herr Fleischer fragt nach der Einnahme- und Ausgaberechnung 2024 für das Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensburg. Diese müsste, seiner Meinung nach, schon vorgelegen haben.

Bürgermeister Boege erklärt, dass diese Einnahme- und Ausgaberechnung 2024 am 28.03.2025 auf der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr verabschiedet wurde und das als Tagesordnungspunkt auf einem der nächsten Hauptausschüsse sein wird.

Herr Fleischer fragt warum die Einnahme- und Ausgaberechnung 2023 erst jetzt im April 2025 im Hauptausschuss behandelt wird und fragt weiterhin nach der zuständigen Sachbearbeitung für weitere Einzelfragen zur Abrechnung.

Bürgermeister Boege antwortet, dass Frau Cycmaniak aus der Stabsstelle hierfür zuständig sei.

Herr Fleischer sagt, er werde sich mit seinen weitergehenden Fragen direkt an Frau Cycmaniak wenden.

Weitere Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende führt aus, dass der Tagesordnungspunkt 13 „Strukturdatenbericht 2023“ auf Tagesordnungspunkt 9 vorgezogen wird. Weiterhin merkt er an, dass der Tagesordnungspunkt 12 „Aussetzung Rathuserweiterungsbau und erneute Alternativenprüfung“ heute nur beraten und nicht beschlossen werden soll, weil dieser Tagesordnungspunkt erst für die Stadtverordnetenversammlung im Mai vorgesehen ist.

Zuletzt gibt er an, dass er den Tagesordnungspunkt 11 „Anträge auf Bezuschussungen von öffentlichen Veranstaltungen“ in seinen Unterpunkten einzeln abstimmen lassen wird.

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 25.03.2025 versandten Tagesordnung inklusive der oben stehenden Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/03/2025 vom 17.03.2025

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/03/2025 vom 17.03.2025 bestehen nicht.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Der Vorsitzende fragt, ob es Einwände gegen die im letzten Hauptausschuss vorgestellte Terminplanung für 2026 gibt.

Es werden keine Einwände vorgebracht und die Raumbuchungen können erfolgen.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.2.1. Allgemeiner Bericht

Fachbereichsleiter I (Herr Grindel) stellt den allgemeinen Bericht vor. Der allgemeine Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, ob regelhaft interne Besetzungen erfolgen.

Bürgermeister Boege bestätigt dies und führt aus, dass es immer mehr Verfahren als neue Mitarbeiter/innen gibt (z.B. durch Aufstiege oder Entfristungen).

Fachbereichsleiter I (Herr Grindel) ergänzt, dass sich die städtischen Mitarbeiter/innen auch auf extern ausgeschriebene Stellen bewerben können.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nichtöffentliche Anlage** beigefügt.

7.2.2. Hybridsitzungen

Bürgermeister Boege informiert über den aktuellen Sachstand zu Hybridsitzungen. Er erläutert, dass der Städtebund dagegen protestiert habe, aber diese gesetzliche Regelung verfassungsrechtlich nicht anfechtbar sei. Diese Regelung sei, „über die Köpfe“ der Kommunen hinaus, gefallen und in der Theorie müsse das Land dafür bezahlen (Konexität).

Für Ahrensburg sei die Umsetzung schwierig, weil man keinen festen Sitzungssaal habe und mobile Technik brauche.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion merkt an, dass die Teilnahme an Hybridsitzungen ein einklagbarer Rechtsanspruch der Stadtverordneten sei. In Kiel habe sich die Mehrheitsfraktion vorbehalten, dass Gesetz ggf. nochmal zu ändern falls die Konexität eingeklagt wird. In diesem Fall würde die Verpflichtung zu Hybridsitzungen zum 01.01.2027 ggf. wieder aus dem Gesetz herausgenommen werden.

7.2.3. Seniorenbeiratswahl 2025

Bürgermeister Boege berichtet, dass die Seniorenbeiratswahl 2025 entbehrlich sei und eine entsprechende Amtliche Bekanntmachung erfolgen wird. Der Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Seniorenbeiratsmitglied Frank findet, dass die Seniorenbeiratswahl nicht gut publiziert wurde und die Anzahl der Bewerber/innen ein trauriges Ergebnis sei. Diesmal gab es wohl als Aufruf zur Seniorenbeiratswahl nur eine kleine Amtliche Bekanntmachung. Dies sei vor 4 Jahren besser gewesen. Zumindest habe man dadurch die Kosten für die Seniorenbeiratswahl eingespart.

Bürgermeister Boege merkt an, dass man die Kosten und Mühen für eine Seniorenbeiratswahl gerne investiert hätte.

7.2.4. Bericht Einladungen der Städtepartnerschaften

Bürgermeister Boege gibt die Einladungen aus den Partnerstädten bekannt und weist explizit auf die Fristen der Teilnahmebekundungen hin.

Der Bericht und die Einladungen werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

7.2.5. Bericht über die Aktivitäten 2025 der Städtepartnerschaften

Bürgermeister Boege berichtet über die Aktivitäten 2025 mit den Partnerstädten. Der Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Er merkt an, dass die Partnerstädte Viljandi und Feldkirchen für das diesjährige Ahrensburger Stadtfest abgesagt haben.

7.2.6. Schutzausrüstung der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg

Bürgermeister Boege berichtet, dass die Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg mit neuer, persönlicher Schutzausrüstung für über 140 Feuerwehrkameraden ausgerüstet wurde. Hierfür wurde nach einem Ausschreibungsverfahren ein Auftrag in Höhe von 564.610,14 € für die gesamte Ausstattung erteilt. Hierfür bewilligte der Kreis Stormarn eine Förderung in Höhe von 69.750,00 €.

Zudem wurde nach einem Ausschreibungsverfahren ein Auftrag in Höhe von 365.119,29€ für die gesamte Atemschutzausrüstung erteilt. Für diese Maßnahme gab es keine Förderung. Für die Schutzausrüstung werde es auch ein Infoblatt geben.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt nach der Haltbarkeitsdauer der Schutzausrüstung und schätzt diese auf 3 Jahre.

Bürgermeister Boege antwortet, dass diese länger als 3-4 Jahre halten sollte und in naher Zukunft sicher kein Komplettaustausch notwendig werden wird. Das Kernteam habe zudem jeweils zwei Garnituren der Schutzausrüstung erhalten.

Bürgervorsteher Stukenberg ergänzt, dass manche Teile sicherlich zwischendurch getauscht werden müssten, aber man jetzt beim Atemschutz als Hersteller Dräger habe, wie alle anderen im Kreis Stormarn. Dies erleichtere den Austausch.

Bürgermeister Boege merkt weiterhin an, dass alle Großgeräte und Fahrzeuge bestellt seien und kündigt für den Hauptausschuss im Mai zudem eine Vorlage für die Errichtung einer Fahrzeughalle am Standort Mitte an.

7.2.7. Beschäftigung Schwerbehinderter

Bürgermeister Boege gibt einen Bericht zur Beschäftigung Schwerbehinderter im Kalenderjahr 2024 bekannt. Der Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 28.04.2025

Bürgermeister Stukenberg erläutert die vorläufige Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 28.04.2025. Aufgrund der Osterferien werde die endgültige Einladung erst am 15.04.2025 veröffentlicht.

Ausschussmitglied von Hülsen von der CDU-Fraktion mahnt an, dass die Stadtverordnetenversammlung im April nur einen Tag nach den Osterferien stattfindet. Dies sei ein ungeeigneter Termin, weil zum Zeitpunkt der letzten Fraktionssitzung noch nicht viel vorlag.

9. Strukturdatenbericht 2023

Zur Vorlage 2024/102 führt Bürgermeister Boege aus, dass im Sachverhalt der Vorlage lediglich auf die Gemeindeordnung hingewiesen wird. Als weitere Referenz fehle hier noch die Angabe der Vorlage 2009/099/1, im Rahmen derer die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Fortentwicklung des Berichtswesens beschlossen hat.

Frau Andres (IV.SE) stellt den Strukturdatenbericht 2023 vor. Dieser wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Die Ausschussmitglieder stellen Verständnisfragen, welche beantwortet werden.

Die Ausschussmitglieder haben den Strukturdatenbericht 2023 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

**10. Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften
- Änderung der Richtlinie**

Bei den Ausschussmitgliedern besteht kein Aussprachebedarf.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften wird - rückwirkend zum 1.1.2025 - wie folgt geändert:

- | | |
|---|------------------|
| A. Kinder- und Jugendaustauschbegegnungen | (Tag/Teilnehmer) |
| - Besuche in die Partnerstädte | 4,50 € |
| - Besuche aus den Partnerstädten | 7,00 € |
| B. Erwachsenen Austauschbegegnungen | (Tag/Teilnehmer) |
| - Besuche aus den Partnerstädten | 5,00 € |

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

11. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FPD, WAB und CDU zur Förderung der Städtepartnerschaften

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion stellt den modifizierten Antrag AN/041/2025 (ursprünglich Antrag AN/023/2025) vor. Hierin sei dezidiert erwähnt, dass Abweichungen möglich sind. Der Antrag **AN/041/2025** wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Bürgermeister Boege erläutert, dass der Antrag in der AG Städtepartnerschaften diskutiert wurde und zudem habe man eindrucksvoll durch den Bericht „Aktivitäten Städtepartnerschaften“ gezeigt, wie gut der Austausch mit den Städtepartnerschaften aufgestellt sei.

Er geht darauf ein, dass man es verwaltungsseitig als Schwierigkeit ansieht, sich bei den Partnerstädten - mit einer von uns bestimmten Anzahl - einzuladen. Selbst wenn man vorher anfragt, würden die Partnerstädte (außer Viljandi) vermutlich aus Höflichkeit nicht ablehnen, auch wenn sie derartig große Delegationen nicht gut bewältigen können.

Bürgermeister Boege schlägt vor, den Austausch mit den Partnerstädten auf politischer Ebene zu intensivieren, indem man sich hierfür neue Formate überlegt. Er merkt an, dass die Befürworter des Antrages nie in der AG Städtepartnerschaften anwesend waren, sich aber dafür einsetzen. Dies empfindet er als befremdlich.

In jedem Fall müsse es bei der „Soll“-Formulierung bleiben, falls die Partnerstädte es nicht möchten.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sagt, dass ihre Fraktion sich nicht beteiligt. Den modifizierten Antrag AN/041/2025 mit der Änderung von „Stadtverordnete“ auf „Teilnehmer“ findet sie noch befremdlicher als ohnehin schon den Antrag AN/023/2025.

Herr Marc Gläveke (Städtepartnerschaftsbeauftragter) spricht sich für den Antrag aus. Er merkt an, dass diese Begegnungen kein Kurzurlaub seien und fände es gut, dass auch Unbeteiligte mitkommen könnten.

Bürgermeister Boege merkt an, dass man im Nachgang prüfen müsse, ob ein derartiger Beschluss zulässig sei. Er meldet grundsätzlich kommunalrechtliche Bedenken an.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion sagt, dass man sich intern einigen werde, wenn nur zwei Teilnehmer für Delegationsreisen möglich seien.

Bürgermeister Stukenberg weist kritisch darauf hin, dass man insbesondere auf die Größe der Gesamtdelegation (Teilnehmer der Fraktionen, Bürgermeister, ggf. Bürgervorsteher, Verwaltungsmitarbeiter) Rücksicht nehmen müsse.

Der Vorsitzende verliest den Antrag AN/041/2025 über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür
2	dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen)
/	Enthaltung(en)

12. **Anträge auf Bezuschussungen von öffentlichen Veranstaltungen**
- **Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 14.01.2025 auf Bezuschussung der Vereinsmeile im Rahmen der Ahrensburger Stadtfeste 2025 und 2026**
 - **Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 15.01.2025 auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren und der Umsetzung verkehrsbehördlichen Anordnung für das Ahrensburger Oktoberfest in den Jahren 2025 bis einschließlich 2027**
 - **Antrag der uba GmbH auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren für das Ahrensburger Weinfest 2025 bis 2027**

Der Vorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob sie damit einverstanden sind, Herrn Götz Westphal vom Stadtforum als sachverständigen Bürger anzuhören.

Die Ausschussmitglieder stimmen zu.

Herr Westphal spricht seinen Dank für die Unterstützung aus. Er findet, dass die Sondernutzungsgebühren „Etikettenschwindel“ seien, weil es hierbei um einen Verzicht und nicht um eine Bezuschussung gehe.

Er geht im Weiteren darauf ein, dass das, was man als Stadtforum für die Stadt leiste, nachhaltig sei.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion geht darauf ein, dass der letzte Erlass der Sondernutzungsgebühren als „Anschub nach Corona“ kommuniziert wurde. Ihm fehle hier die Systematik.

Grundsätzlich sei ein Weinfest – anders wie ein Stadtfest - seiner Meinung nach eine kommerzielle Veranstaltung, welche sich selbst tragen sollte.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion spricht ebenfalls von einem „Störgefühl“ bei den kreativen Einzelanträgen. Den Erlass von Sondernutzungsgebühren könne er grundsätzlich nachvollziehen, aber man sollte generell für alle Veranstaltungen eine allgemeingültige Regelung finden.

Herr Westphal merkt an, dass es im letzten Jahr auf dem Stadtfest einen großen Anstieg gab bei der Teilnahme der Vereine und die Aufstellung der Hütten käme allein der Stadt zu Gute.

Bürgermeister Boege schlägt vor, dass man statt der Einzelanträge zukünftig einen Rahmen für alles bespricht. Dieses Thema soll entsprechend frühzeitig vor den Haushaltsberatungen angegangen werden.

Im Weiteren geht er darauf ein, dass auch das Weinfest aus Sicht der Verwaltung einen Mehrwert habe und man diese Feste verwaltungsseitig nicht ausrichten könnte. Den Erlass der Sondernutzungsgebühren sieht er als Verzicht auf etwas an, was man sonst auch nicht bekommen würde, wenn das Fest gar nicht stattfindet.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN spricht sich ebenfalls für eine generelle Regelung aus. Man müsse konsequent bleiben oder sich neu aufstellen. Ihre Fraktion möchte das Stadtfest unterstützen, weil es eine große Werbung für die Stadt sei. Das Oktoberfest und das Weinfest hingegen empfinden sie eher als kommerziell und würden diese nicht unterstützen wollen.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion geht darauf ein, dass der Verzicht auf Sondernutzungsgebühren auch in der Satzung geregelt sei. Solche Einzelanträge, auf Verzicht der Sondernutzungsgebühren, findet er merkwürdig, weil die Sondernutzungsgebühren schließlich Bestandteil der Ausschreibung waren. Er sei gerne bereit eine Diskussion zu führen, wie und was man in welchem Rahmen allgemein zukünftig unterstützt.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion stimmt seinen Vorrednern hinsichtlich der Willkür bei den Sondernutzungen zu. Er persönlich findet, dass das Stadtfest eine besondere Bedeutung für die Stadt habe und auch das Weinfest einen positiven Effekt für die Stadt habe. Das Oktoberfest hingegen empfindet er als rein kommerziell. Bezüglich der Hütten wäre er geneigt diese zu fördern, weil sie den Vereinen zu Gute kommen.

Bürgermeister Boege und Frau Gust (I.02) erläutern, dass man versuche die Anträge im Rahmen der Haushaltsposition möglichst gerecht zu bedienen.

Herr Frank fragt, ob man die Feste wirklich qualifizieren wolle, sie sollen schließlich für die Einwohner:innen sein.

Frau Gust (I.02) erläutert, dass sie sich eine Matrix aufgebaut habe, wonach sie die Feste beurteilt (Hierbei werden Zielgruppen, Besucher etc. berücksichtigt und gewichtet). Im Rahmen dieser Matrix habe das Stadtfest eine 20 von 21 und das Weinfest und Oktoberfest jeweils eine 15 von 21 erhalten. Insgesamt habe sich das Sicherheitsgefühl verändert und dem aktuellen Zeitgeist angepasst – auch dadurch erfahre man einen permanenten Kostenanstieg.

Ausschussmitglied von Hülsen merkt an, dass man in ihrer Fraktion Probleme damit habe, dass sich die Vorlage sowohl auf das laufende Jahr als auch auf zukünftige Jahre bezieht. Sie bittet um die Abstimmung in Einzelpunkten.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Vorlage aufgrund dessen, dass auch die Folgejahre betroffen sind, für die Stadtverordnetenversammlung vorgesehen sei und der Hauptausschuss lediglich eine Empfehlung abgeben solle.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion findet, dass man dem Veranstalter die Sicherheitsaspekte abnehmen sollte, aber nicht die Sondernutzungen. Auch er spricht sich für eine Grundsystematik aus.

Herr Westphal erklärt, dass es im Vorfeld zu jeder Veranstaltung ein Sicherheitskonzept gäbe, welches in Abstimmung mit der Verwaltung entstehe. Die Anforderungen hieran werden immer größer und entsprechend

teurer.

Bürgermeister Boege betont, dass man das Geld für die Sondernutzungen ohnehin nicht hätte, wenn das Fest nicht stattfinden kann. Er hält den Verzicht auf die Sondernutzungsgebühren für einen sinnvollen und verhältnismäßigen Mitteleinsatz. Er ist dem Stadtforum sehr dankbar für die Ausrichtung der Feste und diese würden dazu beitragen, dass Ahrensburg etwas zu bieten habe.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass der Bildungs- Kultur- und Sportausschuss (BKSA) die Vorlage auch diskutiert habe und fragt, wer hier federführend zuständig ist.

Bürgermeister Boege erläutert, dass der BKSA den Punkten 1 und 2 zugestimmt habe und dass der Hauptausschuss federführend zuständig sei.

Dem Antrag auf Sitzungsunterbrechung durch Vorsitzenden Levenhagen für 5 Minuten wird zugestimmt.

Die Sitzung wird um 21:25 Uhr fortgeführt.

Bürgermeister Boege führt aus, dass der Punkt 6 analog zu den anderen auch für die Jahre 2026-2027 gelten solle.

Vorsitzender Levenhagen beginnt mit der Abstimmung aller Einzelpunkte, welche teilweise noch innerhalb der Jahre einzeln abgestimmt werden.

Beschlussvorschlag Punkt 1:

Der Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 14.01.2025 auf Kostenübernahme für den Transport, den Auf- und Abbau der Markthütten in der Vereinsmeile (Manhagener Allee) im Rahmen des Ahrensburger Stadtfestes mit je 500 € Miete pro Hütte wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 2:

Auf Basis der verfügbaren Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2025 (PSK 57105.5318000) gewährt die Stadt Ahrensburg einen Zuschuss für maximal zehn Hütten mit je 200 €.

Abstimmungsergebnis:

6	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, WAB, FDP)
1	dagegen (SPD)

/ Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 3.1:

Dem Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 15.01.2025 auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren in Höhe von bis zu 5.000 € für das Ahrensburger Oktoberfest für das Jahr 2025 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür (CDU, SPD, WAB, FDP)
2	dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 3.2:

Dem Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 15.01.2025 auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren in Höhe von bis zu 5.000 € für das Ahrensburger Oktoberfest für die Jahre 2026 bis 2027 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

1	dafür (SPD)
6	dagegen (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, CDU, WAB, FDP)
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 4:

Die Kostenübernahme für die Umsetzung der verkehrsbehördlichen Anordnungen (ca. 6.000 €) im Rahmen des Oktoberfestes wird für 2025 abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 5:

Für die Jahre 2026 und 2027 sollen Mittel in Höhe von 6.000 € im Rahmen der Haushaltsplanung für die Kostenübernahme zur Umsetzung der verkehrlichen Anordnung bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

/	dafür
7	dagegen
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 6.1:

Dem Antrag der uba GmbH vom 26.02.2025 auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren in Höhe von rd. 3.000 € im Rahmen des Ahrensburger Weinfestes für das Jahr 2025 wird zugestimmt. Der Vertrag zwischen Stadt und uba wird entsprechend der Beschlussfassung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür (CDU, SPD, WAB, FDP)
2	dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)
/	Enthaltung(en)

Beschlussvorschlag Punkt 6.2:

Dem Antrag der uba GmbH vom 26.02.2025 auf Kostenübernahme der Sondernutzungsgebühren in Höhe von rd. 3.000 € im Rahmen des Ahrensburger Weinfestes für die Jahre 2026 und 2027 wird zugestimmt. Der Vertrag zwischen Stadt und uba wird entsprechend der Beschlussfassung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

1	dafür (SPD)
6	dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, WAB, FDP)
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege merkt an, dass die Vorlage aufgrund der einzelnen Abstimmungsergebnisse (aufgeteilt nach Jahren) nicht mehr in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden muss. Man werde vor den Haushaltsberatungen eine Grundsatzvorlage für den Umgang mit sämtlichen Veranstaltungen erstellen.

13. Aussetzung Rathuserweiterungsbau und erneute Alternativenprüfung

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fragt, warum die Aussetzung nur vorübergehend erfolgen soll. Er denkt, man sollte das Thema „zu den Akten legen“. Er fragt, ob man ein Raumkonzept für flexible Arbeitsplätze für das aktuelle Rathaus in Auftrag geben könne. Die Sharingrate sei standardmäßig nur noch bei 80% und dem Arbeitsplatzbedarf für 300 Mitarbeiter:innen könne man mit 200 Arbeitsplätzen genügen.

Bürgermeister Boege erklärt, dass die Dimensionen für Alternativen sehr hoch seien. Die aktuellen Größenordnungen seien - auf Perspektive in den nächsten 10 Jahren - nicht teurer als der Erweiterungsbau. Der Mietvertrag für das Rathaus Nord laufe noch bis zum 31.12.2027 und man könne es sich nicht leisten, Alternativen zu beauftragen. Zudem seien vernünftige Rahmenbedingungen für Share-Desk im Rathaus sehr schwierig umzusetzen und selbst dann wäre im Rathaus Mitte nicht genügend Platz für alle Mitarbeiter:innen.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion sagt, dass das Raumprogramm ein wichtiger Teil etwaiger Alternativprüfungen sei und man sich dem für Ahrensburg nicht verschließen dürfe. Die Landesverwaltung habe die Vorgabe mit 80% des Raumbedarfes zu planen, insbesondere aus energetischen und klimatechnischen Gründen.

Bürgermeister Boege betont, dass man sich nicht verschließen, aber auch bei einem planerischen Raumbedarf von 80% das Rathaus nicht ausreichen würde. Die Landesquote sei hier kein ideales Beispiel. Insgesamt habe man sich mit der Darstellung der Kostenentwicklung nicht leichtgetan.

Vorsitzender Levenhagen merkt an, dass die Thematik auf die Tagesordnung des Hauptausschusses im Mai komme.

14. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung des Hauptausschusses um 21:43 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführerin